

Verfassungs- initiative

VU meldet Verfassungsinitiative an

[...] Wie bekannt führten die verschiedenen Rechtsauffassungen bezüglich der Verfassungsmässigkeit einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Auflösung des Landtages und zu vorgezogenen Landtagswahlen. [...] Mit dieser Initiative bezeugt die Vaterländische Union klar und eindeutig ihren Willen, eine Klärung bezüglich der im Zusammenhang mit der Herausgabe des Berichtes des Staatsgerichtshofpräsidenten aufgetauchten Fragen vorzunehmen. Mit dieser Ergänzung des Artikels 63 würde nun auch die Verfassungskonformität gegeben sein, so dass der Bestellung einer solchen parlamentarischen Untersuchungskommission nichts mehr im Wege stehen würde und nach Annahme dieser Ergänzung auch unverzüglich bestellt werden könnte. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 3. Mai 1989, Seite 1.

Volksinitiative für Minderheitenschutz

Die FBP hat gestern eine Volksinitiative zur Änderung und Ergänzung der Verfassung eingereicht. Dem Begehren liegt die Absicht zugrunde, den Minderheitenschutz im Bereich der Kontrolle der Staatsverwaltung zu verstärken. Kernpunkt des Vorschlages stellt die Bestimmung dar, dass der Landtag verpflichtet ist, eine Untersuchungskommission zu bestellen, wenn wenigstens ein Viertel der Abgeordneten eine Untersuchung beantragt.

Liechtensteiner Volksblatt, 11. Mai 1989, Seite 1.

Beide Verfassungsinitiativen fanden vor dem Landtag nicht die benötigten Mehrheiten – Nun hat das Volk das letzte Wort

Mit einiger Spannung wurde der zweite Tag der Landtagssitzung erwartet. Nachdem am ersten Tag die Behandlung der beiden von den im Landtag vertretenen Parteien eingereichten Verfassungsinitiativen nicht mehr durchgeführt werden konnte, standen sie gestern als erste Traktandenpunkte auf dem Programm. Die Verfassungsinitiative der FBP wurde mit nur 12 Jastimmen klar verworfen und die Verfassungsinitiative der Vaterländischen Union auf Ergänzung des Artikels 63 der Verfassung, damit in Zukunft keine Interpretationsschwierigkeiten mehr auftauchen, vereinigte 16 von möglichen 25 Parlamentarierstimmen auf sich – es stimmten also auch drei FBP-Abgeordnete dafür.

Liechtensteiner Vaterland, 29. September 1989, Seite 1.

Beide Volksinitiativen werden zur Volksabstimmung kommen

Keine Annäherung in den Standpunkten der beiden Parteien ergab sich am Donnerstag bei der Behandlung der von FBP und VU eingereichten Volksinitiativen in bezug auf parlamentarische Untersuchungskommissionen. Die VU-Fraktion lehnte den von der FBP geforderten Minderheitenschutz ab. Beide Vorlagen gehen nun zur Volksabstimmung. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 29. September 1989, Seite 1.

Beide Verfassungsinitiativen wurden vom Volk angenommen

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom Wochenende ist eindeutig: Künftig kann die Mehrheit im Landtag nicht mehr die Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verhindern, sondern auch einer Minderheit steht gemäss der FBP-Initiative das Recht zu, eine Untersuchung zu verlangen. Ausserdem kann mit der Zustimmung zur VU-Initiative die von der FBP-Fraktion im Landtag schon im letzten Jahr geforderte Untersuchungskommission in Sachen Staatsgerichtshof eingesetzt werden. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 4. Dezember 1989, Seite 1.

Weg frei für Untersuchungskommission

Mit der Annahme der von der VU eingereichten Verfassungsinitiative „Kontrolle der Justizverwaltung“ und der von der FBP eingereichten Verfassungsinitiative „Minderheitenrecht auf Kontrolle“ am vergangenen Abstimmungswochenende hat das liechtensteinische Stimmvolk auf der einen Seite sein Ja zu einer verfassungskonformen Untersuchungskommission in bezug auf den Bericht des Staatsgerichtshofpräsidenten ausgesprochen, auf der anderen Seite wurde von den Urnengängern auch der Fixierung des Minderheitenrechtes auf Kontrolle im Landtag in der Verfassung zugestimmt.

Bei einer unterdurchschnittlichen Stimmbeteiligung von knapp über 52 Prozent sprachen sich 56,52 Prozent für die VU-Initiative und 43,48 Prozent dagegen aus. Ähnlich das Abstimmungsbild bei der FBP-Verfassungsinitiative: Hier bejahten 58,84 Prozent die Vorlage und 41,16 Prozent legten ein Nein in die Urne. Beide Vorlagen wurden in beiden Wahlkreisen – Oberland als auch Unterland – angenommen. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 4. Dezember 1989, Seite 1.

Untersuchungskommission bestellt

Auf Antrag der VU und der FBP bestellte der Landtag eine Untersuchungskommission zu den vier von der FBP im Landtag 1988 aufgeworfenen Fragen zum Bericht des Staatsgerichtshofpräsidenten. Die Untersuchungskommission besteht aus Reinhard Walser (Präsident), Dr. Walter Oehry, Manfred Biedermann, Josef Biedermann und Dr. Ernst Walch. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 16. Dezember 1989, Seite 1.